



Neustädter Kreisblatt.

Preis 3,50 Mark für
das Halbjahr einschl.
der Zeitungsgebühr.

Neustadt, den 2. September 1920.

Erscheint wöchentlich (Donnerstag).
Insp.-Gebühr für die ein-
spaltige Petitzeile 30 Pfg.

Verordnungen und Bekanntmachungen.

U n o r d n u n g ,

betreffend die Beschäftigung weiblicher Angestellter in Gast- und Schankwirtschaften.

Auf Grund des Gesetzes über weibliche Angestellte in Gast- und Schankwirtschaften vom 15. Januar 1920 (Reichs-Gesetzbl. Seite 69) wird für das Gebiet des Preussischen Staates folgendes angeordnet:

§ 1.

Wer in der von ihm betriebenen Gast- oder Schankwirtschaft weibliche Angestellte mit der Bedienung oder Unterhaltung der Gäste derart, daß ein unmittelbarer Verkehr mit den Gästen stattfindet, beschäftigen oder zu solcher Beschäftigung zulassen will, hat dies vorher der Ortspolizeibehörde anzumelden.

Die Beschäftigung weiblicher Angestellter unter 18 Jahren ist nur mit Genehmigung der Ortspolizeibehörde gestattet.

§ 2.

Die Beschäftigung weiblicher Angestellter in einer Gast- oder Schankwirtschaft kann untersagt werden, wenn sie die Interessen der Gesundheit oder der Aufrechterhaltung der guten Sitten, der Ordnung oder des Anstandes gefährdet. Insbesondere kann sie untersagt werden:

1. wenn die Person des Wirtschaftsinhabers keine hinreichende Gewähr für einen genügenden Schutz der sittlichen oder gesundheitlichen Interessen der weiblichen Angestellten bietet,
2. wenn die Räumlichkeiten der Gast- oder Schankwirtschaft für eine sittlich oder gesundheitlich ungesährdete Beschäftigung weiblicher Angestellter nicht geeignet sind,
3. wenn Umstände vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß die Beschäftigung weiblicher Angestellter hauptsächlich erfolgen soll, um Gäste anzulocken und durch Animierbetrieb den Umsatz zu vermehren.

§ 3.

Zuständig zu einem Verbote gemäß § 2 ist:

- a) in Städten mit 10000 und mehr Einwohnern die Ortspolizeibehörde,
- b) im übrigen der Landrat als Kreispolizeibehörde.

Das Verbot kann, auch wenn es mit einem Rechtsmittel angefochten wird, sofort zur Ausführung gebracht werden.

§ 4.

Der Wirtschaftsinhaber hat der Ortspolizeibehörde jeden Ein- und Austritt weiblicher Angestellter, die gemäß § 1 beschäftigt werden, binnen 24 Stunden anzuzeigen. Er hat ein fortlaufendes Verzeichnis der bei ihm beschäftigten weiblichen Angestellten zu führen, in seinem Betriebe aufzubewahren und den Beamten der Polizeibehörde auf Verlangen jederzeit vorzulegen. Die näheren Vorschriften über Inhalt und Form der Anzeige und des Verzeichnisses trifft die Polizeibehörde.

§ 5.

Gegen eine weiblichen Angestellten, gegen die Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß sie bei Ausübung ihres Berufes die guten Sitten oder den Anstand verlegt, kann die Ortspolizeibehörde die Beschäftigung in einer Gast- oder Schankwirtschaft untersagen.

§ 6.

Die Beschäftigung weiblicher Angestellter gemäß § 1 Absatz 1 ist nur gegen festen und ausreichenden Barlohn zulässig. Tariflöhne gelten als ausreichend. Auf den Lohn dürfen nur die Kosten

der Wohnung und Verpflegung angemessen angerechnet werden. Verboten ist jede Beteiligung an Gewinn oder Umsatz sowie jeder Abzug für Druckgeld, Zeitungen, Entlohnung anderer Angestellter (Piccolo, Putzfrauen und dergl.).

Ein Dienstvertrag, der diese Bestimmungen berücksichtigen muß, ist schriftlich abzuschließen und der Ortspolizeibehörde bei der Anmeldung vorzulegen.

Abweichungen von diesen Vorschriften sind nur auf Grund eines Tarifvertrages zulässig.

§ 7.

Den weiblichen Angestellten ist verboten:

- a) durch auffälliges oder ungeziemendes Benehmen Gäste anzuloden,
- b) von Gästen für sich oder für Andere Speisen oder Getränke zu erbitten oder anzunehmen oder die Gäste zum Trinken anzureizen.

§ 8.

Die Räume einer Gast- oder Schankwirtschaft, in denen weibliche Angestellte gemäß § 1 Absatz 1 beschäftigt werden, müssen übersichtlich und von der Straße unmittelbar oder leicht zugänglich sein. Einrichtungen, wodurch Räume oder Plätze versteckt oder irgendwie dem freien Ein- und Ausblick entzogen werden, sind verboten. Mehrere Räume müssen offene Verbindung miteinander haben.

Die Polizeibehörden sind befugt, Ausnahmen zuzulassen. Sie können ergänzende Vorschriften erlassen.

§ 9.

Auf das Vorhandensein weiblicher Bedienung darf durch öffentliche Ankündigungen oder Zeichen an den Wirtschaftshäusern nicht hingewiesen werden.

§ 10.

Wer bei Inkrafttreten dieser Anordnung weibliche Angestellte gemäß § 1 beschäftigt und die Weiterbeschäftigung beabsichtigt, hat die Anmeldungen nach §§ 1 und 4 binnen zwei Wochen nach dem Inkrafttreten der Anordnung vorzunehmen.

§ 11.

Die Aufsicht über die Gast- und Schankwirtschaften mit weiblicher Bedienung ist, soweit möglich, unter Mitwirkung von weiblichen Gewerbeaufsichtsbeamten auszuüben.

§ 12.

Die §§ 1—4, 6, 8, 10 gelten nicht für die Beschäftigung der Ehefrau des Betriebsinhabers und seiner Verwandten und Verschwägerten auf- und absteigender Linie.

Die Bestimmungen des § 8 finden keine Anwendung, soweit es sich um Beschäftigung weiblicher Angestellter mit der Bedienung der Logiergäste einer Gastwirtschaft in den Logierräumen handelt.

§ 13.

Die §§ 1, 4 und 10 gelten nicht für den Regierungsbezirk Sigmaringen.

§ 14.

Verbotswidrige Beschäftigung von weiblichen Angestellten und andere Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung oder die auf Grund dieser Anordnung ergangenen Vorschriften der Polizeibehörden werden gemäß dem Gesetze über weibliche Angestellte in Gast- und Schankwirtschaften vom 15. Januar 1920 (Reichs-Gesetzbl. Seite 69) mit Gefängnis bis zu 6 Monaten und mit Geldstrafe bis zu 10000 M. oder mit einer dieser Strafen oder mit Haft bestraft.

§ 15.

Diese Anordnung tritt acht Tage nach ihrer Verkündung im Staatsanzeiger in Kraft.

Berlin, den 10. August 1920.

Der Minister
für Handel und Gewerbe.
F. A.: von Meyeren.

Der Minister
für Volkswohlfahrt.
F. A.: Bracht.

Der Minister
des Innern.
Severing.

Umlage für künstliche Düngemittel.

In Kreisen der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist vielfach noch die Ansicht verbreitet, daß die neben den Höchstpreisen für stickstoffhaltige und phosphorsäurehaltige Düngemittel zur Erhebung kommende und einen Teil des Verbraucherpreises bildende Umlage eine Art Steuer ist, die dem Reichsfiskus zufließt. Diese Ansicht beruht auf einem Irrtum. Die Umlage dient in erster Linie dazu, die Mittel zu schaffen, die erforderlich sind, um wirtschaftlich ungünstig arbeitenden Werken die Weiterarbeit im Interesse einer ausreichenden Belieferung der Landwirtschaft mit künstlichen Düngemitteln zu ermöglichen. Die Umlage hat ferner den Zweck, die Einfuhr von bestimmten Düngemittelarten und Rohstoffen, die zur Herstellung künstlicher Düngemittel benötigt werden, zu fördern. Die Umlagebeträge werden hiernach **ausschließlich im Interesse der Landwirtschaft** verwendet. Mit den aus der Umlage zur Verfügung stehenden Mitteln ist es möglich gewesen, die Erzeugung von künstlichen Düngemitteln auf die jetzige Höhe zu bringen. Ohne die Zuschüsse aus der Umlage hätte die Kunst

dünger-Industrie diese Tätigkeit nicht entfalten können, Einzelne größere Werke hätten sogar die Erzeugung von Düngemitteln einstellen müssen. Was aber ein Ausfall an Düngemitteln unter den gegenwärtigen Verhältnissen zur Folge haben würde, dürfte jedem Einsichtigen ohne weiteres klar sein.

Berlin W. 9, den 25. August 1920.

Pressedienst des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Katasteramt Neustadt.

An Stelle des in den Ruhestand überführten Steuerinspektors Gerhadt ist der Katasterkontrollleur Steuerinspektor Rothe aus Beuthen O.S., zum 1. September d. Js. nach Neustadt versetzt und mit der Verwaltung des Katasteramtes beauftragt worden.

Doppeln, den 23. August 1920.

Der Regierungspräsident.

Betrifft Lohnabzug.

Der Reichsminister ist damit einverstanden, daß bis auf weiteres folgende Erleichterungen im Steuerabzug eintreten:

1. Uebersteigt der abzugspflichtige Teil des Arbeitslohnes — auf das Jahr umgerechnet — den Betrag von 15000 Mk., nicht aber den Betrag von 30000 Mk., so sind bis auf weiteres von dem Teil des Arbeitslohnes, der auf das Jahr umgerechnet den Betrag von 15000 Mk. nicht übersteigt, 10 vom Hundert, von dem übrigen Teil des Arbeitslohnes 15 vom Hundert einzubehalten.
2. Vom Abzuge bleiben bis auf weiteres frei besondere Entlohnungen für Arbeiten, die über die für den Betrieb regelmäßige Arbeitszeit geleistet wurden. Als regelmäßige Arbeitszeit gilt die Arbeitswoche zu 6 Arbeitstagen, der Arbeitsmonat zu 25 Arbeitstagen und das Arbeitsjahr zu 300 Arbeitstagen.

Neustadt O.S., den 27. August 1920.

Das Finanzamt.

Dr. Roschel.

Nr. 369.

Unterbringungsgefeß.

Ich mache auf das Gefeß über die Unterbringung von mittelbaren Staatsbeamten und Beehrpersonen (Unterbringungsgefeß) vom 30. März 1920 (Gef.-Samml. Seite 63) und die in Stück 9 des Ministerialblattes für die innere Verwaltung — Seite 200 — abgedruckte Ausführungsanweisung zu dem Gefeße aufmerksam.

Neustadt O.S., den 31. August 1920.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.

Nr. 370.

Wegfall der Reichsfleischkarte.

Anlegung von Kundenlisten.

Durch Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 7. Aug. 1920 — R.-G.-Bl. S. 1549 — ist die Reichsfleischkarte aufgehoben worden. Die Kontrolle der Abgabe von Fleisch an die Versorgungsberechtigten hat durch eine Kundenliste zu erfolgen. Neue Reichsfleischkarten werden deshalb nicht mehr ausgegeben werden, sodaß also die Führung der Kundenliste mit dem 13. 9. d. Js. einzusetzen hat.

Die Ortsbehörden wollen die Versorgungsberechtigten alsbald auffordern, sich bei einem Fleischer in die von ihm anzulegende und zu führende Kundenliste eintragen zu lassen. Die Versorgungsberechtigten können sich den Fleischer, bei dem sie ihren Fleischbedarf decken wollen, wählen. Jeder Bezugsberechtigte darf sich nur bei einem Fleischverkäufer in die Kundenliste eintragen lassen, Fleisch und Fleischwaren dürfen nur an solche Verbraucher abgegeben und von solchen Verbrauchern bezogen werden, die in die Kundenlisten eingetragen sind.

Die Kundenliste hat der Fleischer der Ortsbehörde vor jeder Fleischausgabe zur Prüfung vorzuliegen. Auf Grund der Prüfung übergibt diese dem Fleischer eine Bescheinigung, daß in seiner Kundenliste eine bestimmte Zahl Personen über und unter 6 Jahren eingetragen und zum Fleischbezug berechtigt sind. Die Kreisschlächterei wird Fleisch nur auf Grund solcher Ausweise an Fleischer abgeben. Formulare zu den Kundenlisten und zu den Ausweisen für den Bezug von Fleisch durch die Fleischer aus der Kreisschlächterei werden den Ortsbehörden zur Ausgabe an die Fleischer zugehen. Die für die Anlegung und Führung der Kundenlisten notwendigen Anordnungen wollen die Ortsbehörden erlassen. Es ist darauf zu achten, daß sich Selbstversorger nicht etwa in die Kundenliste eintragen lassen, und dann Fleisch beziehen. Zur Erleichterung der Kontrolle wird es sich weiter empfehlen, anzuordnen, daß ein Wechsel der Fleischbezugsstelle an die Genehmigung der Ortsbehörde gebunden ist.

Die Eintragung der Versorgungsberechtigten hat nach der Wohnsitzgemeinde des Versorgungsberechtigten zu erfolgen, sodaß also für jede Gemeinde bzw. jeden Gutsbezirk eine besondere Liste anzulegen ist.

Die Anlage der Kundenliste ist so zu fördern, daß die Fleischabgabe in der Woche vom 13. bis 18. 9. auf Grund der Kundenliste erfolgen kann.

Neustadt O.-S., den 2. September 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Nr. 371. Verlängerte Termine für Gewährung der Druschprämien.

Unserem mit der verspäteten Ernte begründeten Antrag zufolge hat der Herr Preuß. Staatskommissar für Volksernährung die Endtermine für die **Zahlung der Druschprämien** um je 4 Wochen **verlängert**. Die Höchstprämie von **10 Mark** je Ztr. Brotgetreide und Gerste wird also für alle **bis einschließlich 28. August 1920** und die Prämie von **7,50 Mark** je Ztr. für alle **bis einschließlich 13. Oktober 1920** erfolgten Lieferungen gezahlt. Die Zahlungen erfolgen durch den Kommissionsär, an den das Getreide abgeliefert worden ist; bei diesem sind auch Nachforderungen anzubringen.

Es wird erwartet, daß sich die Ablieferungen nicht nur in der bisherigen Höhe halten, sondern noch ganz bedeutend steigern werden.

Dies ist sofort auf ortsübliche Weise bekannt zu machen.

Neustadt O.S., den 27. August 1920.

Der Kreisausschuß. Kreisgetreidestelle.

Nr. 372. Schrotten und Quetschen von Hafer.

Bezugnehmend auf § 9 unserer Anordnung vom 9. 8. 20, abgedruckt in der Sonderausgabe des Kreisblattes vom 11. 8. 20, wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß auch zum Schrotten und Quetschen von Hafer ein Erlaubnischein des Kommunalverbandes erforderlich ist. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung werden Beschlagnahme aller in den Mühlen nicht mit Schrot- oder Quetschkarte belegten Hafermengen, sowie Einleitung des Strafverfahrens gemäß § 80 Abs. 1 Ziffer 1 der Reichsgetreideordnung zur Folge haben. Anträge auf Schrot- und Quetschkarten sind baldmöglichst gesammelt durch die Ortsbehörden an die Kreisgetreidestelle zu richten. Die Ortsbehörden haben den Tierbesitzern zu diesem Zwecke umgehend Termine für die Einbringung derartiger Anträge zu setzen. Einzelanträge, insbesondere mündlich vorgebrachte, können aus Gründen eines geregelten Dienstbetriebes nicht mehr berücksichtigt werden. Tierhalter, die ihre mündlichen Anträge in der Folge damit begründen würden, daß sie den zu verarbeitenden Hafer bereits mitgebracht hätten, würden es sich also selbst zuzuschreiben haben, wenn sie unverrichteter Dinge würden zurückfahren müssen.

Die eingereichten Antraglisten werden sorgfältig darauf geprüft werden, ob im Einzelfalle bei der Anbauflächenhebung auch Angaben über die Größe der mit Hafer bestellten Fläche gemacht worden sind.

Verarbeitung von Hafer darf nur in solchen Betrieben stattfinden, die hierzu eine Erlaubnis haben. Auch Verarbeitung des Eigenbedarfs ist im eigenen Betrieb nur dann zulässig, wenn dem betreffenden Betrieb die Erlaubnis zum Schrotten oder Quetschen erteilt ist. Diese Verarbeitung darf ebenfalls nur auf Grund einer Schrot- oder Quetschkarte stattfinden.

Neustadt O.S., den 1. September 1920.

Der Kreisausschuß. Kreisgetreidestelle.

Nr. 373. Regelung des Deputatwesens.

§ 8 Abs. 1 Ziffer 2 der Reichsgetreideordnung läßt die Lieferung der durch Tarifverträge festgesetzten vollen Deputatmengen in natura zu. Die Deputatisten haben nunmehr also nicht nur Anspruch auf die Selbstversorgermenge, sondern auch auf die tarismäßig vereinbarten Getreidemengen, die die Selbstversorgerfähige übersteigen. Falsch wäre die Auffassung, daß neben dem vollen Deputat noch außerdem der Selbstversorgerbedarf zustehe; die Selbstversorgung ist vielmehr aus dem Deputat zu bestreiten. Die Deputatmengen bleiben bis zum Verbrauche beschlagnehmend. Dieser kann nur ein Eigenverbrauch sein. Dieser Eigenverbrauch ist auch dann statthaft, wenn die Deputate die zugelassenen Selbstversorgerfähige übersteigen. Deputatgetreide, das im eigenen Haushalt nicht verbraucht werden kann, muß an einen Kommissionsär abgeliefert werden, jede Veräußerung an andere Personen durch Verkauf, Tausch, Schenkung oder auf sonstige Weise ist unzulässig. Deputatgetreide darf nur den Vorschriften des § 64 der Reichsgetreideordnung entsprechend gegen Erlaubnischein (Mahl- und Schrotkarte) verarbeitet werden. Die Verordnung vom 28. Mai 1915, der zufolge das Verfüttern von Brotgetreide und daraus hergestellten Erzeugnissen unstatthaft ist, findet auch auf das Deputatgetreide Anwendung.

Vorschriftswidrige Verwendung oder Verarbeitung der Deputate wird nach § 80 Ziffer 1 der Reichsgetreideordnung bestraft und hat außerdem Versauerklärung ohne Zahlung einer Entschädigung gem. § 72 der gleichen Vorschrift zur Folge.

Ausführungsbestimmungen nebst besonderen Anordnungen werden den Ortsbehörden in den nächsten Tagen zugehen.

Dies ist sofort in ortsüblicher Weise bekanntzumachen.

Neustadt O.S., den 31. August 1920.

Der Kreisanschuh. Kreisgetreidespek.

Nr. 374. In der Woche vom 6. bis 12. 9. 20 wird auf die Fleischarten frisches Fleisch ausgegeben werden. Das dazu nötige Vieh ist von den Gemeinden und Gutsbezirken nach Maßgabe einer besonderen Umlageverfügung zu liefern.

Die Versorgungsberechtigten der Stadt Neustadt erhalten 150 g, die übrigen 100 g pro Kopf. Vorstehendes ist ortsüblich bekanntzumachen.

Neustadt O.S., den 2. September 1920.

Der komm. Landrat.

Nr. 375. In Zeisewitz, Kreis Neustadt O.S., ist im Gehöft des Bauern Karl Gomolka, der Bauerwitfrau Marie Müller, des Stellenbesizers Josef Thienel und des Stellenbesizers Josef Walecki die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Es wird daher folgende Anordnung erlassen:

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird auf Grund der §§ 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (R.-G.-Bl. S. 515) mit Ermächtigung des Herrn Regierungspräsidenten folgendes bestimmt:

Die Gehöfte des Bauern Karl Gomolka, der Bauerwitfrau Marie Müller, des Stellenbesizers Josef Thienel und des Stellenbesizers Josef Walecki in der Gemeinde Zeisewitz bilden je einen Sperrbezirk.

Die viehseuchenpolizeiliche Anordnung vom 25. August d. Js. — Kreisbl. Stlkt 35 Seite 320 — wird auf die vorbezeichneten Gehöfte ausgedehnt.

Diese Anordnung tritt sofort in Kraft. Zuwiderhandlungen werden nach §§ 74 ff. des Viehseuchengesetzes vom 22. Juni 1909 bestraft.

Neustadt O.S., den 31. August 1920.

Der komm. Landrat.

Nr. 376. Die Maul- und Klauenseuche ist in folgenden Ortschaften des Kreises Neustadt ausgebrochen

Dittersdorf

im Gehöft des Bauergutsbesizers Franz Hübner,

Klein Prausien

im Gehöft des Bauern Albert Klose und Stellenbesizers Josef Gröger,

Kohlsdorf

im Gehöft des Stellenbesizers Valentin Hettwer und Florian Zimmer,

Mahlsdorf

im Gehöft des Bauergutsbesizers Julius Schneider,

Steinau O.S.

im Gehöft des Hausbesizers Josef Piemer, Ackerbürgers Karl Urbanke, Hedwig Exler, Hubert Brandes, Otto Kretschmer, Josef Zwan, Josef Stange, Johann Meisel, Tischlers Josef Jelschin, Theodor Bartusch, Hausbesizers Theodor Mittmann, Ackerbürgers Lorenz Beck, Anna Rieger, Franz Gröger, Karl Kretschmer, Robert Günzel, Eduard Rahlert, Josef Müller II, Maria Spottke, Albert Kretschmer, August Gebulla und Dziadel,

Schweinsdorf

im Gehöft des Stellenbesizers Franz Thienel, Bauergutsbesizers Johann Müller, Stellenbesizers August Einschert,

Schweinsdorf Gut

im Gehöft des Rittergutsbesizers Hermann Wessel,

Steinau O.S.

im Gehöft des Ackerbürgers Ferdinand Meißner, Eduard Kempe, Karl Mittmann, Karl Vanger, Albert Nahler, Josef Milbe, Eduard Sauer, Julius Beck, Franz Vosse, Karl Puff, Albert Rinne, Julius Heinrich, Johann Nahler, Josef Kohlsdorf, Schneidermeisters Hugo Vanger.

Es wird daher folgende Anordnung erlassen:

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird auf Grund der §§ 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (R.-G.-Bl. S. 515) mit Ermächtigung des Herrn Regierungspräsidenten folgendes bestimmt:

Die vorstehend aufgeführten Gehöfte bilden je einen Sperrbezirk.

Die Viehseuchenpolizeiliche Anordnung vom 25. August d. Js. — Kreisbl. Stüd 35, S. 320 — wird auf die vorbezeichneten Gehöfte ausgedehnt.

Diese Anordnung tritt sofort in Kraft. Zuwiderhandlungen werden nach §§ 74 ff. des Viehseuchengesetzes vom 22. Juni 1909 bestraft.

Neustadt O.S., den 2. September 1920.

Der komm. Landrat.

Nr. 377. Die Maul- und Klauenseuche ist weiter in folgenden Ortschaften des Kreises Meisse ausgebrochen:

Brünshwitz, Klein-Briesen, Heidau, Polnischwette, Langendorf, Steinsdorf, Kupferhammer und Groß-Neundorf.

Neustadt O.S., den 1. September 1920.

Der komm. Landrat.

Nr. 378. Der Wirtschaftsinспекtor Paul Franke in Wadenau ist zum 2. Gutsvorsteherstellvertreter für den Gutbezirk daselbst ernannt und von mir verpflichtet worden.

Neustadt O.S., den 26. August 1920.

Der komm. Landrat.

Nr. 379. Die Ausführungsanweisungen I bis V zum Reichsiedelungsgesetz sind zum Preise von 6 Mark im Druck erschienen.

Der Siedlungsmeister Gutzeit in Meisse, Rochstraße 21, ist vom Landeskulturamt beauftragt worden, Bestellungen auf obige Schrift entgegenzunehmen. Diese sind bis 15. 9. bei Gutzeit schriftlich eingzureichen.

Neustadt O.S., den 27. August 1920.

Der komm. Landrat.

Nr. 380. Im Anschluß an die Kreisblattbekanntmachung für 1920 Seite 298 Ziffer 17 teilt die Lagerdirektion Neuhammer mit, daß russische Kriegsgefangene, welche eigene Kleidung tragen oder Kleidung von ihrem Arbeitgeber unberechnet geliefert erhalten, die Gebühr für gelieferte Gefangenensbekleidung von 1,50 Mark für den Kopf und Tag der Arbeitsleistung nicht zu zahlen haben.

Neustadt O.S., den 28. August 1920.

Der komm. Landrat.

Nr. 381.

Kreistierarzstelle Neustadt.

Die Vertretung der Kreistierarzstelle in Neustadt ist durch den Herrn Regierungspräsidenten in Oppeln, Verwaltungsstelle Breslau, von heute ab bis auf weiteres dem Stabsveterinär a. D. Soffner zu Neustadt, Promenadenstraße 2, Fernsprecher Nr. 266, übertragen worden.

Neustadt O.S., den 1. September 1920.

Der komm. Landrat.

Nr. 382.

U e b e r s i c h t

der Einnahmen der Ergänzungsfleischbeschaulasse des Kreises Neustadt O.S. für das 1. Vierteljahr des Kalenderjahres 1920.

Namen der Amtsbezirke.	Einnahmen Mark.
Buchelsdorf	20,50
Dittersdorf	29,88
Dittmannsdorf	20,80
Klein Pramsen	72,40
Kunzendorf	42,80
Langenbrück	25,80
Niegersdorf	29,12
Schmitsch	20,40
Schnellewalde	33,80
Schweinsdorf	30,80
Wiese gräßlich	30,40
Jütz, Stadt und Land . . .	18,40

Die Herren Amtsvorsteher ersuche ich, diese Rechnung sofort zu prüfen und etwaige Einwendungen bei mir geltend zu machen.

Neustadt O.S., den 1. September 1920.

Der komm. Landrat.

L. 3345

Ä b ä n d e r u n g

der Bekanntmachung vom 10. 12. 19 — A. IV. 1160/19 — der Fassung der Verordnung
über Pferdefleisch und Ersahwurst vom 18. 6. 1919.

Auf Grund der Verordnung zur Abänderung der Verordnung über Pferdefleisch und Ersah vom 4. 6. 20 des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft (R.-G.-Bl. S. 1124) und der Anordnung des Preussischen Staatskommissars für Volksernährung vom 18. 6. 20 — VI d 2553 — wird unsere Bekanntmachung vom 10. 12. 19 der Fassung der Verordnung über Pferdefleisch und Ersahwurst vom 18. 6. 19 wie folgt geändert:

Artikel 1:

Der § 2 erhält folgende Fassung: Als Richtpreis für den Verkauf von Schlachtpferden wird für je 50 kg Lebendgewicht ein Preis von 200 Mk. festgesetzt.

Artikel 2:

Der § 8 erhält folgenden Zusatz: Die Vermischung von Pferdefleisch mit einer der genannten Fleischarten zur Herstellung von Fleischwurst ist verboten.

Artikel 3:

Die Verordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung im Regierungsamtsblatt in Kraft.

Breslau, den 30. Juni 1920.

Die Provinzialfleischstelle für Schlesien.

J. B.: v. Lücken, Regierungsrat.

Ä b ä n d e r u n g

der Verordnung vom 14. X. 1919 — Rrs.-Bl. S. 586 — über Pferd.-fleisch und Ersahwurst.

Auf Grund der Verordnung der Provinzialfleischstelle vom 30. 6. 1920 wird die Anordnung des Kreisausschusses vom 14. X. 1919 — Rrs.-Bl. S. 586 — wie folgt geändert:

Artikel 1:

Der 1. Satz im § 2 fällt weg.

Artikel 2:

Der § 4 erhält folgende Fassung:

Die Höchstpreise bei Abgabe des Fleisches an den Verbraucher werden für 1 Pfund wie folgt festgesetzt:

für derbes Fleisch ohne Knochen	5,50 Mk.,
für derbes Fleisch mit Knochen	4,75 Mk.,
dünnes Fleisch mit Knochen und Lungen, Leber, Herz und Inneres	4,30 Mk.,
bessere Wurst	5,50 Mk.,
Koch- und Zwiebelwurst	4,50 Mk.,
Knochen	0,50 Mk.,
Fett	8,00 Mk.,

Artikel 3:

Diese Anordnung tritt sofort in Kraft.

Neustadt OS., den 2. September 1920.

Der Kreisausschuss.

Lehrgänge über Obst- und Gemüseverwertung.

In der Höheren staatlichen Lehranstalt für Obst- und Gartenbau zu Proslau bei Oppeln finden statt:

a) ein Lehrgang über Obst- und Gemüseverwertung am 29. und 30. September d. Js.,

b) ein Lehrgang über Obstweinbereitung am 1. und 2. Oktober d. Js.

Es können Männer und Frauen daran teilnehmen. Gebühr 20 Mark für jeden Lehrgang. Die Anmeldegebühr beträgt 5 Mark für jeden Lehrgang. Sie wird als Teilzahlung auf den Gebührensatz angerechnet, aber nicht zurückgezahlt, wenn der Angemeldete ausbleibt. Anmeldungen sind an die Lehranstalt zu richten. Gleichzeitig ist die Anmeldegebühr an die Kasse der Lehranstalt einzusenden, bezw. zu überweisen (Postcheckkonto Breslau Nr. 4020).

(Schluß des amtlichen Teils.)

Unzeiger (Nichtamtlich).

Auf Bezugsabschnitt Nr. 53 der grünen und grauen Lebensmittelarten entfallen 125 Gramm Haserflocken lose, 250 Gramm weiße Bohnen, 250 Gramm Sago und 250 Gr. Grükessuppe.

Auf Bezugsabschnitt Nr. 57 der rosa und gelben Lebensmittelarten entfallen 250 Gramm Haserflocken in Paketen und 2 Pack Süßmilch-Speise.

Alein-Verkaufspreise:

Haserflocken, lose	1,40 Mr.,
Bohnen, das Pfund	1,50 "
Sago, das Pfund	1,50 "
Grükessuppe, 1 Würfel	0,52 "
Haserflocken, das Paket	1,05 "
1 Pack Süßmilchspeise	0,55 "

Der Verkauf beginnt Montag den 6. September 1920 für die hiesigen Kaufleute mit den Anfangsbuchstaben A bis L, Dienstag den 7. September 1920 mit den Anfangsbuchstaben M bis Z.

Die Kaufleute vom Lande wollen sich auf die nächstfolgenden Tage verteilen.

Neustadt O.-S., den 1. September 1920.

Lebens- und Futtermittelstelle

des Kreises Neustadt O.-S.
Lebensmittel-Kommission.

Bekanntmachung.

Angeichts der zur Zeit günstigen Betriebs- und Verkehrslage der Eisenbahn werden vom 1. September 1920 ab die im Nachtrag III zum deutschen Eisenbahn-Gütertarif Teil I, Abteilung B, Nebengebührentarif, bezeichneten Wagenstandgebühren von

- 10 Mk. für die ersten 24 Stunden und für jeden Wagen,
- 30 Mk. für die zweiten 24 Stunden und für jeden Wagen, und
- 50 Mk. für je weitere 24 Stunden und für jeden Wagen

erhoben.

Die auf Grund des § 80 Ziffer 8 der Eisenbahn-Verkehrs-Ordnung vorübergehend eingeführten Wagenstandgebühren von 10, 50 und 100 Mk. kommen vom gleichen Zeitpunkt ab in Wegfall.

Eisenbahn-Direktion Rattowitz

Für den Verkauf unserer

Landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte,

als Göpel, Dresch-, Wurf- und Siedemaschinen, Schrotmühlen, Haserquetschen, Rübenscheider, Drillmaschinen, Nachrechen, Heuwendler, Ackerwalzen, Kultivatoren, Eggen, Pflüge, Zentrifugen usw. suchen wir überall tüchtige, mit der landw. Kundschaft bekannte

Verkäufer resp. Agenten

bei hoher Provision. Unsere Fabrikate sind weit und breit als erstklassig bekannt und eingeführt. Offerten an die

Gräflisch Frankenberg'sche Theresienhütte,
Eisengießerei und Maschinenfabrik, Zillowitz i. Schles.

Der Schmiedelehrling Theodor Striglan aus W.-Kunzendorf hat Mitte d. Mts. das Elternhaus verlassen und ist seitdem nicht wieder zurückgekehrt. Derselbe ist 15 Jahre alt, kräftig, trägt braune Mütze, grünlisches Jackett, schwarze Hosen und Lederschuhe. Wer von seinem Aufenthalt Kenntnis hat, wird gebeten, der Ortspolizeibehörde oder dessen Eltern gegen Belohnung Mitteilung zu machen.

W.-Kunzendorf, den 27. Aug. 1920.

Der Amtsvorsteher.

Rohhaare, Schafwolle,
Häute, Felle, Weinsäcken,
Lumpen, Eisen, Knochen,
Papier und Metalle

kauft und holt selbst ab

A. Wilde, Neustadt O.S.
Fischstraße 44.

Seu

kauft

M. Kribel,

Obervorstadt 34.

Lahme oder verunglückte

Pferde
und Fohlen

hole ich per Wagen
sofort ab.



Hugo Schneider,

Inh. Adolf Auer,

Rohfleischerei, Neustadt O.-S.
Telefonisch unter Nr. 244 zu erreichen.

Druckmaschinen werden sauber und
preiswert hergestellt
in der

Kreisblatt-Druckerei.